

# Stadt: ZUE spart 11 Mill. Euro

**OLPE** Vorlage für die Ratssitzung am 12. Mai liegt vor / Als Alternative seien nur Container möglich

*Die Ratsmitglieder haben die Entscheidung – die Vorlage der Verwaltung indes ist eindeutig.*

win ■ Die Zukunft der ehemaligen Familienferienstätte „Regenbogenland“ auf dem Olper Kreuzberg soll am 12. Mai in der Stadtverordnetenversammlung festgeklopft werden. Und die Stadtverwaltung macht kein Hehl daraus, was sie sich für die Immobilie vorstellt: die Nutzung als Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes Nordrhein-Westfalen – was im gleichen Atemzug das Aus für ein von der Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“ vorgelegtes Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen einschließlich der Nutzung des „Regenbogenlandes“ nach sich ziehen würde.

In der am Donnerstagabend öffentlich gemachten Beschlussvorlage für die Ratsmitglieder heißt es unter anderem, die kürzlich von der Stadt erworbenen Gebäude sollten für einen Zeitraum von „zunächst fünf Jahren an das Land NRW“ vermietet werden.

„Mit der Inanspruchnahme des ‚Regenbogenlandes als Notunterkunft für asylbeherrschende Flüchtlinge hat das Land

NRW zunächst einmal Fakten geschaffen. Die Frage der dezentralen Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen in städtischen Unterkünften stellt sich insoweit im Augenblick nicht. Diese Tatsache – unabhängig davon, ob man sie begrüßt oder bedauert – ist bei der weiteren Betrachtung zu berücksichtigen.“ Der Wohnungsmarkt biete bei einer dezentralen Unterbringung letztlich „nur die Möglichkeit der Aufstellung von Wohncontainern. Dass diese Lösung unter humanitären Gesichtspunkten nicht annähernd der Unterbringung in einer ZUE im ‚Regenbogenland‘ entspricht, ist unmittelbar ersichtlich, wenn man die Qualität der Einrichtung und die Dauer der Unterbringung vergleicht“.

Anhand einer Modellrechnung hat die Stadt ermittelt, dass die zentrale Unterbringung in einer Landeseinrichtung für die Stadt Olpe in einem Zeitrahmen bis 2020 rund 11 Mill. Euro „wirtschaftlicher“ sei. „Auch wenn man die finanzielle Dimension für die Stadt und die Steuerzahler in Olpe nicht in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen möchte, sprechen wesentliche weitere Punkte für die dauerhafte Einrichtung einer Unterbringungseinrichtung des Landes für Flüchtlinge: Die Unterbringung in der ehemaligen Familienferienstätte des Kolpingwerks stellt einen außerordentlich positiven Beitrag der Stadt Olpe zum Umgang mit

Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen insgesamt dar.“

Die unmittelbaren Anwohner des „Regenbogenlandes“ hätten diverse Sorgen und Bedenken geäußert, die im Zusammenhang mit der Veränderung des Wohnumfelds stehen. „Inwieweit diese Sorgen und Bedenken real sind, lässt sich nicht sicher feststellen. Im Rahmen des Forums ‚Integration‘ und mit Hilfe der Ordnungspartnerschaft von Ordnungsamt und Polizei finden diese Sorgen jedoch fortlaufend Beachtung.“

Als Fazit zieht die Stadtverwaltung: „Die Räumlichkeiten und das Gelände der ehemaligen Familienferienstätte ‚Regenbogenland‘ stellen eine adäquate und humanitären Gesichtspunkten Rechnung tragende Möglichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes dar. Eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im eigentlichen Sinne ist in Olpe aus tatsächlichen Gründen nicht möglich.“ Im Ergebnis sei die Lösung ZUE im Vergleich zur kommunalen Unterbringung in Wohncontainern aus städtischer Sicht wirtschaftlicher und aus Sicht der Flüchtlinge die bessere Form der Unterbringung.

In der Ratssitzung, so war zu vernehmen, wollen die Fraktionen ihren Mitgliedern ausdrücklich freistellen, wie sich jedes Ratsmitglied entscheidet.